

zug den Glorienschein eines „Kreuzzuges für Freiheit und Demokratie“ zu verleihen, dann ist höchste Wachsamkeit geboten. Denn bei diesen Kräften handelt es sich nicht schlechthin um irgendeine Fraktion der Bourgeoisie, die ihren Vorstellungen von der künftigen Gestaltung der Welt, der Staatenbeziehungen und dem Schicksal der Völker lediglich ideologischen Ausdruck verleiht. Es handelt sich vielmehr um Repräsentanten der herrschenden Klasse im Imperialismus, deren ideologische Vorstellungen direkt regierungswirksam sind und deren extreme ideologische Ausflüsse in materielle Gewalt umgesetzt werden bzw. werden sollen.

Diese Kräfte verfügen über jene Machtmittel, die sie für geeignet halten, um ihre „Freiheits“-vorstellungen global zu realisieren. Dabei spekulieren sie selbst mit dem Einsatz nuklearer Massenvernichtungswaffen und sind bestrebt, für deren Einsatz im Namen der „Freiheit“ für sich die günstigsten Bedingungen zu schaffen.

Ihre Absichten gipfeln in der Forderung nach „Freiheit zu einem offensiven Atomschlag“, und damit offenbaren die extremsten Kräfte des Imperialismus in der Gegenwart, was sie unter der „weltweiten Verbreitung der ewigen Werte Freiheit und Demokratie“ verstehen. Es ist ein Anschlag auf das grundlegende Menschenrecht, auf das Recht der Völker, in Frieden zu leben. Wer bereit ist, die Existenz der Menschheit im Namen der „Freiheit“ aufs Spiel zu setzen, der kennt auch keine Skrupel, Verbrechen gegen Staaten und Völker mit dem Etikettenschwindel des „Kampfes für die Freiheit“ zu belegen. Erinnerung sei an Grenada. Erinnerung sei aber auch an die vom Weißen Haus und Pentagon glorifizierten Verbrechen gegen das freiheitsliebende Volk Nikaraguas. Sie seien „Freiheitskämpfer“ und „unsere Brüder“ ließ die US-Administration offiziell ver-

künden und meinte damit die weitgehend von den USA gehaltenen Contra-Banden, die immer wieder in Nicaragua einfallen, Menschen morden, Kaffeeplantagen vernichten, Betriebe in die Luft sprengen und das Land nicht zur Ruhe kommen lassen. Mehr als 8000 Menschen, darunter Hunderte von Kindern, fielen in Nicaragua dem Terror dieser „Freiheitskämpfer made in USA“ bisher zum Opfer, der materielle Schaden hat die 500-Millionen-Dollar-Grenze längst überschritten.

Oder denken wir an die massive US-Unterstützung für das volksfeindliche Regime in El Salvador. Über 60 000 Menschen hat die dortige US-hörige Clique bislang auf dem Gewissen. Im Namen der „Freiheit“ steigerten die USA ihre Militärhilfe allein zwischen 1980 und 1984 von 58,8 auf nahezu 200 Millionen Dollar. Fast

Die imperialistische Wirklichkeit wird verfälscht

Ideologen des Kapitalismus erfinden immer neue Varianten, um ihre Auffassungen von Freiheit möglichst massenwirksam zu propagieren. Freiheit wird nicht selten als Synonym für jene Gesellschaftsordnung gebraucht, deren innere Gebrechen gerade in den letzten Jahren so offenkundig zutage treten. Im Übereifer schießen dabei so manche der eifrigsten Propagandisten bürgerlicher Freiheit unbeabsichtigt Eigentore, die die ganze Hohlheit und Verlegenheit imperialistischen Freiheitsgeschwafels bloßlegen.

Ein geradezu klassisches Beispiel dafür ist der 1982 in Washington abgehaltene Kongreß über „Freie Wahlen“ - ein Lieblingsthema bürgerlicher Demokratie-Apologetik. Dort wurde über die Wahlen in den USA folgendes ausgeführt: „Es gibt kein eindrucksvolleres Symbol der Demokratie als das Bild des Bürgers, der seinen Stimmzettel abgibt, seinen Kandidaten wählt und dabei über sein eigenes Geschick abstimmt.

40 000 Mann hat das dortige Regime unter Waffen - weitgehend ausgerüstet vom Pentagon, instruiert und geleitet von US-Militärberatern.

Und haben nicht führende Repräsentanten der USA und anderer NATO-Staaten wiederholt auch die mordende und brandschatzende afghanische Konterrevolution mit dem Prädikat „Freiheitskampf“ versehen? Der schamlose Mißbrauch des Freiheitsbegriffs feiert heute Orgien, deren Parallelen zum „antibolschewistischen Freiheitskampf“ der Faschisten nicht zu übersehen sind. Überall dort, wo die Völker an die Verwirklichung ihrer Freiheitsideale gehen, um Demokratie und Selbstbestimmung ringen, dort sind sie mehr oder weniger mit jener Freiheitsdemagogie konfrontiert, die das Denken und Handeln der Ausbeuterklasse durchdringt.

...Es ist eine Gelegenheit zu zeigen, wie freie Wahlen einem Volk das Steuer des Staates fest in die Hand geben.“

Bleiben wir bei der derzeitigen US-Administration und den „freien Wahlen“, die sie an die Macht brachten. Als Reagan 1980 Präsident wurde, blieben mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten den Urnen fern - nur 47,7 Prozent gingen zur Wahl. Davon votierten 51 Prozent für Reagan und seine Mannschaft. Dem Kandidaten also, der von sich behauptet, von der Mehrzahl der Bürger frei gewählt zu sein, verweigerten etwa drei Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung direkt oder indirekt die Stimme. (Seine zweite Wahl weicht nur um einige Prozente von der geschilderten ab.)

Unter dem Strich bleibt also von diesem Demokratie- und Freiheitssymbol nur eine Farce übrig. Das „Steuer des Staates“ nahm nicht das amerikanische Volk, sondern vor allem jene Fraktion des amerikanischen Monopolk-